

nung in kaum einem Fall an einer Ehe noch etwas zu retten ist (und zwar nicht nur „partnerschaftlich“, sondern auch in bezug auf die Kinder).

Schwierig dürfte die Bewertung des neuen *Unterhalts- und Versorgungsrechts* sein. Kann die finanzielle Last des Versorgungsausgleichs einerseits ehestabilisierend wirken, so kann sie andererseits auch dazu führen, daß die Partner bei Krisenerscheinungen möglichst früh aus der Ehe drängen, um die finanziellen Folgelasten in Grenzen zu halten. Nicht unproblematisch ist sicher auch die Möglichkeit, per Ehevertrag oder durch privatrechtliche Regelungen finanzielle Verantwortung bei der Scheidung zu umgehen bzw. zu ersetzen. Es überrascht, daß die beiden kirchlichen Erklärungen zur Verabschiedung des Gesetzes auf diesen Punkt nicht Bezug nahmen.

In Zukunft wird man auch kirchlich mit dem Gesetz leben müssen. Sicher wäre es gut, wenn man sich deshalb weniger mit den Siegen und Niederlagen auf dem Weg zu seinem Zustandekommen befassen würde als mit dem, was jetzt erst recht notwendig ist: der Bildung von Gewissen und Verantwortung, der Beratung und der Hilfe in extremen Härtefällen. Daß es darüber hinaus geboten ist, alles in der Macht der Kirche Stehende zu tun, um eine gefährliche Entwicklung des Rechtsbewußtseins zu verhindern, versteht sich von selbst. Wertblindheit, Unfähigkeit zu dauernder sozialer Bindung und das Bedürfnis, schuldlos zu sein und die Verantwortung abzuschieben, können sich freilich zwar in Gesetzen niederschlagen, sie werden aber nicht via Gesetz überwunden.

H. G. K.

christlichen Arbeiterjugend, deren Ziel sowohl die Bekehrung der Arbeitskameraden wie die Humanisierung von deren Lebensmilieu war. Nacheinander entstanden nach dem gleichen Modell andere Bewegungen: die christliche Landjugend (JAC), die studentische Jugend (JEC), die katholische Jugend im Selbständigen-Milieu (JIC), jeweils in einem männlichen und einem weiblichen Zweig. Aber die relativ guten Anfangserfolge hielten nicht lange an. Bereits nach dem Zweiten Weltkrieg erlebten die Bewegungen ihre ersten Rückschläge und Enttäuschungen. Die „feindliche Zitadelle“, die man glaubte erobern zu können, erwies sich als widerstandsfähiger, als man angenommen hatte. Der Slogan der JOC „wir machen unsere Brüder wieder christlich“ ließ sich nicht realisieren.

Nichtsdestoweniger setzte sich der ursprüngliche Elan weiterhin fort. In den fünfziger Jahren leisteten die verschiedenen Bewegungen der Katholischen Aktion eine echte Vertiefungsarbeit sowohl in der spirituellen Formung ihrer Mitglieder wie in deren zeitlichem Engagement. Es steht heute außer Zweifel, daß beispielsweise die katholische Landjugend zu jener Zeit eine entscheidende Rolle in der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung des ländlichen Raumes gespielt hat. Aber bereits das Jahr 1956 brachte eine neue Etappe in der Entwicklung, mit der sich zugleich eine konfliktreichere Zeit ankündigte. Es kam zu einer Krise zwischen den verschiedenen Bewegungen der katholischen Jugend: die JOC und die ACO (Action Catholique Ouvrière des Adultes – Katholische Arbeiterbewegung der Erwachsenen) wehrten sich gegen eine Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen sozialen Klassen. Sie befürchteten eine Desolidarisierung mit dem eigenen Arbeitermilieu und lehnten deshalb die Mitarbeit in der katholischen Jugend (ACJF) ab. Diese Spaltung wirkte auf die weitere Entwicklung der Katholischen Aktion wie ein Trauma. Seit Mitte der sechziger Jahre haben sich die Probleme in allen Bereichen der Katholischen Aktion, vor allem bei den Jugendbewegungen, noch verschärft.

Wende für die Katholische Aktion Frankreichs

Als die französischen Bischöfe nach ihrer letzten Vollversammlung Ende Oktober 1975 in Lourdes ihre neuen Richtlinien für die Katholische Aktion bekanntgaben, reagierte die französische katholische Öffentlichkeit allgemein mit der Feststellung, die Katholische Aktion sei „in Lourdes gestorben“. Man kann diese Reaktion nur verstehen, wenn man um die herausragende Rolle weiß, die die Katholische Aktion als eine bestimmte Form des Apostolats von Laien während der letzten Jahrzehnte in Frankreich gespielt hat, und um die enorme Investition an Menschen und Anhängern in diese Form von Apostolat.

Die französische Katholische Aktion entstand in den zwanziger Jahren zur Zeit Pius' XI. als Prototyp eines Laienapostolats unter der verantwortlichen Führung der Hierarchie. Sie hatte ihr Entstehen der Einsicht zu verdanken, daß die Verkündigung und Bezeugung des Evangeliums die Laien betrifft und daß sie folglich aufgerufen seien, ihr Glaubenszeugnis in gemeinschaftlichen Formen in den sozialen Milieus, in denen sie leben und menschlich verwurzelt sind, zu geben. Es war zugleich die Zeit, in der man sich zur Erkenntnis durchrang, daß die Entchristianisierung weiter Bevölkerungsschichten (vor allem in der Arbeiterschaft nicht), wie man bis dahin zu glauben geneigt war, ihren Grund in den Ideologien der Französischen Revolution, sondern in den Lebens- und Arbeitsbedingungen – mit einem Wort – in den sozialen Strukturen hatte. Besonders in der Arbeitswelt wurden die konkreten Lebensverhältnisse als eine unüberspringbare Barriere für die Evangelisierung angesehen.

Dies führte damals zur raschen Ausbreitung der *JOC-Bewegung*, der von Josef Cardijn in Belgien gegründeten

Eine bedeutende Vergangenheit

Ein kurzer geschichtlicher Rückblick macht sowohl die Feststellungen der Bischöfe wie das Echo auf deren Stellungnahme, die einerseits mehr Unabhängigkeit für die Bewegungen der katholischen Aktion bringt, andererseits aber auch mehr Distanz der offiziellen Kirche zu ihnen bedeutet, verständlicher.

Vermehrte Kritik

Seit dieser Zeit hat sie gegen wachsende Kritik anzukämpfen (vgl. *Louis de Vaucelles*, „Essai sur l'histoire et les difficultés présents de l'Action Catholique“, in: *Études*, März 1974, 421 ff., und „*Lourdes 1975*“ in: *Études*, Dezember 1975, 763 ff.). Ein kritischer Punkt ist das Verständnis der Bewegungen vom „Milieu“ bzw. vom jeweiligen Feld des Apostolats. Am Anfang, so sagten die Kritiker, sei diese Bezeichnung insofern ein echter Fortschritt gewesen, weil sie eine realistische Annäherung an die sozialen Verhältnisse bedeutet habe, aber inzwischen hätten sich diese Milieus durch Überlagerungen und Umbildungen verändert, so daß heute ein allzu enges Verständnis vom Milieu den Zugang zu den äußerst verschiedenartigen Bedürfnissen der einzelnen verstelle.

Die Hauptkritik betrifft aber die *Neigung zum politischen Engagement* in den Bewegungen in der Katholischen Aktion. Da es ihnen, so urteilten manche Kritiker, nicht gelungen ist, das Terrain zu erreichen, wo heute die Zukunft der Gesellschaft vorbereitet wird, und da auf der anderen Seite die Anklage von sozialer Ungerechtigkeit zu realistisch und moralisierend geblieben sei, hätten die Bewegungen jetzt mit dem Eifer von Neophyten die allseits gegenwärtige Wirklichkeit des „Politischen“ entdeckt. „Alles ist politisch“, das war der Slogan mit dem man sich aus der eigenen Gewissenskrise in das Engagement geflüchtet hat. In manchen Bewegungen, vor allem bei der Landjugend und bei den Studenten, war diese Entwicklung besonders abrupt. Ihre Analyse der sozialen Verhältnisse hat sie zu ideologischen Entscheidungen geführt, und das bedeutete: totale Absage an das „kapitalistische“ System, bedingungsloses Engagement zugunsten des Sozialismus, Einsatz für den revolutionären Kampf. Dabei ist nicht zu übersehen, daß diese wachsende Politisierung der Bewegungen in der Katholischen Aktion im Gefolge des Zweiten Vatikanums zusätzlich motiviert wurde durch die Forderung, die Evangelisierung an die Verwirklichung von mehr

Gerechtigkeit zu binden. Es genüge nicht, den Glauben zu verkündigen, die Gläubigen müßten sich einsetzen für die Umwandlung der Gesellschaft, um diese gerechter und menschlicher zu machen.

Die Bewegungen der Katholischen Aktion hatten keinen Grund, solche Orientierungen nicht ernst zu nehmen, und sie haben sie erwartungsgemäß entsprechend den sozialen und menschlichen Eigentümlichkeiten ihres Lebensmilieus angewandt. So führte beispielsweise die Solidarisierung von ACO und JOC mit der Arbeiterbewegung unvermeidlich zu weit vorgetriebenen politischen Positionen. In der Schlußerklärung ihres zehnten Nationalkongresses in Issy-les-Moulineaux im Mai 1974 ergriff die ACO öffentlich Partei für die Linkskandidatur des Sozialisten *François Mitterand* bei den französischen Präsidentschaftswahlen. Die JOC lud zum Abschluß ihres Kongresses Anfang Juli im gleichen Jahr nicht nur die Repräsentanten beider linken Gewerkschaftsverbände, sondern auch den Generalsekretär der kommunistischen Partei Frankreichs, *Georges Marchais*, ein. Auf diesem Weg zur ziemlich totalen Politisierung waren der christlichen Arbeiterjugend bereits die christliche Land- und Studentengeneration vorangegangen. Sie hatten sich schon seit längerer Zeit vom Gedanken faszinieren lassen, daß das Feld der Politik der herausragende Ort für die reale Umwandlung der Gesellschaft ist.

Dieser starke *Zug zur Politisierung bei gleichzeitiger Wendung nach scharf links* gab der Kritik an den Bewegungen der Katholischen Aktion am meisten Auftrieb. Sie ist auch der Grund für die Entscheidung der Bischöfe vom Herbst vorigen Jahres in Lourdes. Der Konflikt zwischen der kirchlichen Führung und diesen Bewegungen läßt sich auf die Formel bringen: „Die Bischöfe sprechen von der Evangelisation, die Mitglieder der Bewegungen antworten politische Aktion.“ Damit verbunden ist der Vorwurf, daß sie auch im Bereich Religion eine wenig überzeugende Sprache führen. Sie begnügten sich mit nebulösen Formulie-

rungen von dem Typ „die Gegenwart des Heiligen Geistes in der Dynamik der Arbeitswelt“. Nicht wenigen erscheinen die Bewegungen der Katholischen Aktion heute als verbraucht, sie verweisen auf den enormen Rückgang in den Mitgliederzahlen, insbesondere auch in den Reihen der ACO. Die verschiedenen Bewegungen hätten zwar ihre historischen Verdienste, aber man könne sie keineswegs mehr als Elitetruppen auf den Vorposten der Evangelisation betrachten.

Die Entscheidung der Bischöfe

Die Bischöfe hatten sich schon seit längerer Zeit mit diesen Einwendungen auseinandersetzen. Sie sahen bei ihrer Entscheidung in Lourdes dennoch keinen Anlaß, die Bewegungen der Katholischen Aktion aufzulösen, denn sie sind oft und besonders in der Arbeiterschaft die einzige gemeinschaftlich christliche Präsenz in verschiedenen Milieus. Aber sie hatten offenbar Grund genug, deutlicher auf Distanz zu gehen.

In einem Papier mit dem Titel „Am Ausgang unserer Überlegungen über die Katholische Aktion“ (vgl. *Documentation catholique*, 1. 12. 75), das mit 109 von 114 Stimmen angenommen wurde, betonten die Bischöfe zunächst jedoch die Freiheit der Bewegungen bei der Bestimmung ihres eigenen Weges, u. a. heißt es dort: „Bei der Verwirklichung ihrer Zielsetzungen sind die Christen für ihre Entscheidungen frei und selbst verantwortlich in dem Maße, in dem diese in Übereinstimmung mit den Evangelien der Kirche (avec l'Évangile lu en église) bleiben.“ Die Bischöfe unterstreichen auch nochmals die Bedeutung der Bewegungen der Katholischen Aktion für die Milieus, in denen sie tätig sind: Die Christen müßten die Möglichkeit haben, sich in Gruppen zusammenzuschließen und sich miteinander zu konfrontieren. Dies sei die spezifische Rolle der Katholischen Aktion und zugleich die Zeichen einer gemeinschaftlichen Präsenz des Evangeliums. Aber dann kommen die Bischöfe zur

entscheidenden Frage nach dem Spielraum, der den Bewegungen der Katholischen Aktion in ihrem zeitlichen, gegebenenfalls auch politischen Einsatz zuzubilligen ist: „Beim Bemühen um ihre menschliche Einwurzelung sehen sich die Bewegungen manchmal veranlaßt, zeitliche Optionen zu treffen, die sie für ihre apostolische Tätigkeit für notwendig und mit dem Glauben der Kirche in Übereinstimmung halten. Sie tun das dann frei auf eigene Verantwortung, und sie verpflichten mit dieser Entscheidung nur die christliche Gruppe, die sie selbst bilden.“ Die Rolle der Bischöfe und der Priester sei dabei die des Begleiters, sie hätten die Bewegungen im Namen der Kirche zu befragen, umgekehrt sollten sie selbst sich durch die Bewegungen befragen lassen. Damit ist die *Autonomie der Bewegungen*, wie sie bisher de facto bereits praktiziert wurde, festgeschrieben. Das berühmte „Mandat“, nach dem Bewegungen der Katholischen Aktion im amtlichen Auftrag der Kirche arbeiten, ist damit endgültig fallengelassen. An dessen Stelle tritt im Verhältnis zur Kirche ein „Kontrakt gegenseitiger Freiheit“ zwischen den Bewegungen der Katholischen Aktion und der Hierarchie.

Erste Reaktionen

Die Reaktionen auf diese Entscheidung der Bischöfe seitens der betroffenen Bewegungen – sie hatten an deren Zustandekommen selbstverständlich keinen direkten Anteil – sind durchaus nicht einheitlich, aber doch symptomatisch. Der vorherrschende Eindruck ist: Man scheint etwas irritiert zu sein über das Abschneiden der Nabelschnur, über die man bisher mit der Hierarchie verbunden war, und vermutlich auch – aber das wird aus Gründen der Dezenz nicht laut gesagt – über den Entzug finanzieller Zuwendungen seitens der Hierarchie. Diese Irritation ist zu einem guten Teil auf die Unbestimmtheit des Dokumentes selbst zurückzuführen. Der dafür federführende Erzbischof von Reims, *Jacques Eugène Louis Ména-*

Papier als Rückzug des Episkopates von der Katholischen Aktion verstanden, die anderen als eine kaum verhaltene Einladung mehr und mehr politisch Partei zu ergreifen, wieder andere hätten im Gegenteil mit Genugtuung die anerkannte Freiheit christlicher Laien begrüßt. Um weitere Klarstellung bemüht, erklärte Erzbischof Ména-

ger zu den verschiedenen Reaktionen: 1. Da man aus dem Evangelium kein spezielles politisches Konzept ableiten könne, müsse man die Existenz eines Pluralismus der Wahl in politischen Dingen unter Christen als normal ansehen. 2. Für die Bewegungen der Katholischen Aktion bedeute es aber einen großen Reichtum, wenn der Pluralismus in ihren eigenen Reihen bestehen bleibe. 3. Im Fall des Gegenteils (man habe diese Möglichkeit nicht ausschließen können) seien die Risiken, den Glauben oder die Kirche mit dieser oder jener politischen Option zu blockieren und so zu einer politischen oder sozialen Bewegung christlicher Herkunft zu werden, größer. Das bedeutet: Die Bischöfe schließen keinerlei Möglichkeit aus, sie überlassen es den Bewegungen selbst, ihren Standort zu präzisieren und zu sagen, ob sie sich als apostolische oder als politische Bewegung verstehen.

Tatsächlich wird es künftig zweierlei Arten von Bewegungen geben. Die Katholische Aktion der Selbständigen (ACI) erklärte bereits Mitte November 1975, sie fühle sich an keine politische Orientierung gebunden, sie wolle deshalb „Bewegung des Apostolats“ bleiben. Die ACO hingegen orientierte sich auch nach der Erklärung entschieden in Richtung politischer Option für den Sozialismus.

Daß die Bischöfe mit dieser Entwicklung nicht ganz einverstanden sind, sich aber ihr auch nicht entschieden widersetzen, zeigt ein Artikel, den der Erzbischof von Grenoble, *Gabriel Marie Joseph Matagrín*, in der Kirchenzeitung seines Bistums veröffentlicht hat (vgl. SNOP Nr. 207, 28.1.76). Matagrín, seit der Vollversammlung im November stellvertretender Vorsitzender der französischen Bischofskonferenz und inzwischen auch durch eine pointierte Stellungnahme zum

Verhältnis Christentum – Marxismus hervorgetreten – sie wurde sowohl von kommunistischer wie von sozialistisch-christlicher Seite heftig kritisiert –, machte darin die Unverzichtbarkeit eines klaren christlichen Bekenntnisses trotz der jeweils verschiedenen politischen Ausrichtung deutlich: Die Kirche verfüge über ein Verständnis des Menschen, das an den Glauben an Jesus Christus als wahren Gott und wahren Menschen gebunden sei. Dieses Verständnis des Menschen vermöge jeweils eine kritische und zugleich anregende Rolle in allen Bereichen der menschlichen Existenz zu spielen, und dies hätte die Hierarchie auch in ihren Beziehungen zu den genannten Bewegungen, ob gelegen oder ungelegen, in Erinnerung zu bringen. Doch zu den beiden Modellen bekannte sich auch Matagrín: Wenn z. B. die ACO ihren Evangelisierungsauftrag im Arbeitermilieu mit einer Option für den Sozialismus verbinde, dann respektiere man das. Die Bischöfe privilegierten zwar die pluralistischen Bewegungen, aber aus Respekt vor der individuellen und kollektiven Freiheit der Christen hätte man auch die Möglichkeit anerkannt, daß sich Christen derselben politischen Tendenz zusammenschließen, um innerhalb einer solchen Bewegung ihren Glauben zu leben und zu bezeugen. Die Bischöfe bestünden bloß darauf, daß auch diese Bewegungen ihren Standort mit den anderen Bewegungen konfrontierten.

Unbeantwortet bleibt sowohl seitens der Bischöfe wie seitens der betroffenen Bewegungen die Frage, wieweit in einer politischen Bekenntnisgemeinschaft, als die sich beispielsweise die ACO versteht, das christliche Zeugnis wirklich erhalten bleibt und zum Durchbruch kommt. Interessant ist auf jeden Fall, daß fast zur gleichen Zeit in der italienischen Katholischen Aktion sich die umgekehrte Tendenz abzeichnet. Während die französischen Bischöfe sich von der direkten Verantwortung für die Bewegungen zurückziehen und – ob aus Not oder Tugend – die Unabhängigkeit der Bewegungen betonen, unterstreichen die italienischen Bischöfe von neuem ihre direkte Verantwortung, und die Lei-

tung der Katholischen Aktion Italiens scheint mehr denn je entschlossen, sich auf den Bereich der religiösen Sendung, d. h. auf die religiöse Formung ihrer Mitglieder, zurückzuziehen (vgl. dazu den jüngsten Briefwechsel zwischen der Italienischen Bischofskonferenz und der Leitung der Katholischen Aktion in Il Regno, 15.3.76, S. 97ff.). Im französischen Fall muß sich zwar die Kirche von Bewegungen distanzieren, wo die politische Intention eindeutig die religiöse überlagert,

sie kann aber nicht auf solche Bewegungen verzichten, weil sie die einzige, wenn auch numerisch sehr geringe kirchliche Präsenz in weiten Schichten der Bevölkerung sind. Im italienischen Fall zieht sich eine Katholische Aktion, die unter dem Vorwurf steht, lange der klerikale Arm der Democrazia Cristiana gewesen zu sein, ziemlich entschieden in den religiösen Raum zurück, während die Bischöfe zu mehr politischem Bekenntnis aus religiöser Überzeugung drängen. J. P.

lichen und die Alten seien frustriert durch ein Gefühl der Entmutigung und Machtlosigkeit. Dadurch gingen viel menschliches Engagement, Talent und Idealismus verloren, die für den sozialen und nationalen Fortschritt so dringend benötigt würden.

In dem Dokument wird eindringlich davor gewarnt, sich diesem als Protest oder Eingeständnis der Unsicherheit gemeinten Trend anzuschließen und den Wahlboykott als Ausweg zu deklarieren. Statt dessen werden alle Bürger aufgerufen, sich in die Wahllisten eintragen zu lassen, über die anstehenden Probleme und Themen zu informieren, bei der Partei oder Kampagne ihrer Wahl zu engagieren und frei nach ihrem Gewissen zu wählen, „in einem Wort: sich voll und ganz in dieser kritischen Arena der Politik zu betätigen, in der nationale Entscheidungen getroffen werden“. Aber es sei nicht Aufgabe der Bischöfe, besondere Kandidaten herauszustellen und zu empfehlen. Eindeutig erklärten sie, sie suchten „nicht die Bildung eines religiösen Stimmblocks“ (NCNS, 13.2.76).

In alphabetischer Reihenfolge präsentieren sie jedoch Stellungnahmen der Bischofskonferenz zu „einigen Themen, von denen wir glauben, daß sie im Mittelpunkt der nationalen Debatte stehen werden“. Es sind dies: Abtreibung, Wirtschaft, Erziehung, Ernährungspolitik, Wohnprobleme, Menschenrechte, Außenpolitik, Massenmedien und Militärausgaben. Die Rolle der Kirche im politischen Bereich und besonders bei diesen Problembereichen wird sorgfältig unter Hinzuziehung päpstlicher Äußerungen und römischer Dokumente beschrieben, nicht zuletzt deshalb, weil die Bemühungen der Kirche auf diesem Gebiet „leider ... manchmal mißverstanden werden“. Demnach hat die Kirche sich für die *Achtung der Menschenrechte* und der sozialen Gerechtigkeit einzusetzen. Diese Aufgabe verlange von ihr, „positive Beziehungen zur politischen Ordnung herzustellen, da soziale Ungerechtigkeit und die Verweigerung der Menschenrechte oft nur durch regierungsamtliche Aktionen beseitigt werden können“. Der

Kirche der USA im Vorfeld der Wahlen

Früher als sonst üblich sind die für Herbst dieses Jahres angesetzten Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten in ein Stadium harter politischer Auseinandersetzungen getreten. Zwar sind die Runden der Vorwahlen noch nicht abgeschlossen, doch das Interesse an den Kandidaten und ihrer voraussichtlichen Politik ist größer als noch vor vier Jahren. Die spürbare soziale Unsicherheit (vgl. HK, April 1976, 183ff.) dürfte dazu ebenso beigetragen haben wie die offensichtliche außenpolitische Konzeptionslosigkeit seit dem Indochina-Debakel. Da man – wie *Russel Baker*, Kolumnist der „New York Times“, kürzlich feststellte – ohnehin davon ausgehen kann, daß im November „40 Prozent der amerikanischen Bevölkerung einen von zwei weißen männlichen Christen zum Präsidenten der Vereinigten Staaten wählen“ werden, wollen die Wähler doch wenigstens stärker bei der Auswahl der Kandidaten mitwirken. Besonders seitens christlicher Gruppen und Kirchen hat man diesmal ein besonderes Augenmerk auf die Kandidaten und ihre Ansichten zu einer Vielfalt aktueller Themen gerichtet. Erstmals haben sich zudem die Bischöfe der USA zu einer gemeinsamen Erklärung anlässlich der Wahlen entschlossen.

Schwerpunkte der Debatte

Das vom „Administrative Board of the U.S. Catholic Conference“, dem

höchsten Gremium innerhalb der US-Bischofskonferenz, herausgegebene Dokument trägt den Titel: „Politische Verantwortung: Reflexionen zu einem Wahljahr“ (vgl. NCNS, 13.2.76). Gerade die Wahlen in dem Gedenkjahr anlässlich der Gründung der Vereinigten Staaten vor 200 Jahren sollten nach Meinung der Bischöfe Anlaß für alle Amerikaner sein, sich der Grundlagen der amerikanischen Demokratie bewußt zu werden und die Wahlen als Test für das Funktionieren dieser Demokratie zu betrachten. Dahinter steht die Sorge, daß immer mehr US-Bürger die „politischen Institutionen und Wahlverfahren mit Indifferenz und sogar Mißtrauen“ betrachten. Als Beispiele nennen sie eine Wahlbeteiligung von nur 36% bei den nationalen Kongreßwahlen vor zwei Jahren (1962 waren es noch 46%) und die knapp 50% bei den Präsidentschaftswahlen vor vier Jahren (gegenüber immerhin 63% im Jahre 1960). Dieser Trend und die daraus abzulesende Entfremdung zwischen Regierenden und Regierten müsse unbedingt beendet werden. Grundsätzlich stellen die Bischöfe fest, daß wegen des offensichtlichen Machtmißbrauchs, wegen fehlender Zuverlässigkeit und mangelnder Berücksichtigung der wahren Probleme des einzelnen durch die Regierung Apathie und mangelndes Vertrauen in das Verantwortungsbewußtsein der politischen Entscheidungsträger stark gefördert worden seien. Nicht nur die Armen, sondern in jüngster Zeit besonders die Jugend-